

Kommentar

„Boulot“ contre „déclin“

Gegen die nationale Depression hilft nur mehr Arbeit

MEDARD RITZENHOFEN*

„On connaît la chanson ...“ – Sein immer wiederkehrender Refrain lautet: La France va mal. Bürokratischer Zentralismus, Massenarbeitslosigkeit, chronische Bildungskrise, Desintegration der Gesellschaft, Banlieue-Ghettos, Staatsverschuldung, defizitäre Sozialkassen, Reformscheu ... Immer dieselbe Leier. Gerne würde man ein neues Lied anstimmen, doch sitzen Frankreichs Strukturprobleme so tief, dass sich die alten Strophen ein um das andere Mal aufdrängen. Ein neuer politischer Rhythmus wäre an der Zeit, doch den vermag der Mann am Pult nicht mehr vorzugeben. Jacques Chirac ist mit seinem politischen Dirigt so gut wie am Ende. Früher als alle seine Vorgänger im Élysée-Palast ist der fünfte Staatschef der V. Republik zwei Jahre vor der nächsten Wahl ein Präsident auf Abruf.

Selbst dort, wo ihn ein Heimspiel erwartet, wie bei der traditionellen Ansprache zum 14. Juli, kann Chirac nicht mehr punkten. Der Präsident, der diese Übung nun schon zum elften Mal in Folge absolvierte, wirkte mit seiner Ansage, die Arbeitslosigkeit endlich beherrscht anzupacken, so belanglos, dass sein Widersacher Nicolas Sarkozy leichtes Spiel hatte, dem Staatschef einmal mehr die Show zu stehlen. Zunächst stellte der Innenminister

das Ritual der präsidentiellen Tour d’horizon am quatorze juillet in Frage, um dann am Nationalfeiertag in seinem Amtssitz an der Place Beauvau, 100 Meter von der „garden-party“ im Élysée-Palast entfernt, selbst Hof zu halten. „Meine Aufgabe ist es nicht, in aller Ruhe Schlösser in Versailles abzunehmen, während Frankreich brodelte“, diktierte Sarkozy den geladenen Journalisten in die Schreibblöcke, womit er auf die fatale Untätigkeit Ludwig XVI. angesichts der Erhebung von 1789 anspielte. Dieser hatte an dem historischen Datum, an dem sein Volk die Bastille stürmte, in völliger Verkenntung der Lage nur ein Wort in sein Tagebuch notiert: „rien“. Auf den Tag 216 Jahre später hatte der republikanische Regent seinen Landsleuten nichts zu sagen, während der Innenminister hoheitsvoll verkündete: „Unsere Nation ist auf der Suche nach einem Ziel... Ich werde meinen Teil dazu beitragen.“

Letztes Jahr hatte Jacques Chirac noch die Kraft gehabt, in der nämlichen Ansprache zur Fête nationale Sarkozy mit markigen Worten in die Schranken zu weisen: „Je décide, il exécute.“ Der Präsident stellte den damaligen Finanzminister vor die Wahl zwischen seinem Portefeuille und dem vakanten Vorsitz der UMP. Obwohl Chirac in früheren Zeit

* Medard Ritzenhofen lebt als freier Journalist in Paris / Straßburg.

selbst nicht das geringste Problem damit gehabt hatte, als Bürgermeister von Paris, neogaullistischer Parteichef und zeitweiliger Premierminister Dienst zu tun, untersagte er Sarkozy jede Ämterhäufung. Inzwischen ist Sarkozy als Nummer Zwei des Kabinetts wieder an den Regierungsgeschäften beteiligt, ohne dass er als Vorsitzender der großen rechtsbürgerlichen Partei in Frage gestellt worden wäre. Angesichts solch evidenter Inkonsequenz darf sich Chirac nicht wundern, wenn ihm der ungeduldigste unter seinen präsidenten Nachfolgern ständig an den Karren fährt.

Der Preis des Non

Doch die bleierne Lähmung, die Frankreich in den Knochen steckt, lässt sich weder auf die politische Dämmerung eines *fin de règne* noch auf die sozio-ökonomische *Malaise* reduzieren. „La France est malheureuse parce qu'elle ne sait plus qui elle est et qu'elle ne voit pas où est son destin“, stellt Alain Duhamel in „Libération“ fest. Dass selbst dieser weitsichtige Kommentator, der stets tapfer gegen die beliebte Schwarzmalerei des „déclinisme“ angeschrieben hat, „eine schmerzhafteste Identitätskrise“ diagnostiziert, kann als I-Tüpfelchen auf der allgemeinen Resignation gelesen werden. „La France est malade“, befindet auch Claude Imbert im Magazin „Le Point“, während „Libération“ in Hemingway-scher Todesahnung titelt: „Pour nous sonne le glas“. Was die Stunde geschlagen hat, enthielt das Referendum vom 29. Mai, mit dem Frankreich dem Europäischen Verfassungsvertrag einen tödlichen Schlag versetzte.

Dass es, wenn auch wenig gute, so doch viele Gründe für das massive Non gab, ist bereits eingehend beschrieben worden (siehe DOKUMENTE 3/2005). Die gewaltige Unzufriedenheit der Franzosen mit der regierenden politischen Klasse und der wirtschaftlichen Lage gab den Ausschlag für die ablehnende Haltung zum Verfassungsvertrag. So

musste Europa für hausgemachte Probleme erhalten. In zweiter Linie hat Jacques Chirac das Nachsehen. Die Denkkzettel, die er bei den Regional- und Europawahlen bekommen hatte, ignorierte er souverän. Bei dem EU-Referendum war das Wahlvolk nicht mehr bereit, dem unpopulären Staatschef etwas zu schenken. Da dieser zudem keine Begeisterung für Europa zu wecken vermocht hatte, fungierte Frankreichs oberster Vernunfteuropäer ungewollt als Totengräber der EU-Verfassung.

Doch nicht nur Paris trägt seinen Teil der Verantwortung an dem Debakel. Auch Brüssel hat allen Grund, seine Politik einer generellen Überprüfung zu unterziehen. Die in den letzten Jahren nur schleppend verlaufende Vertiefung der EU mit deren forcierter Erweiterung kompensieren zu wollen, erweist sich im Nachhinein als Flucht nach vorn, die in einer Sackgasse endete. Weltmachtträume zu kultivieren, indem man in Brüsseler Büros nicht genug blau-gelbe Fähnchen in die erweiterte Europakarte stecken konnte, ist das eine. Diese Strategie des „toujours plus“ den Bürgern verständlich zu machen, das andere. Wer an den ohnehin an Fahrt verlierenden Europazug immer mehr Waggons anhängt, muss sich nicht wundern, wenn langjährige Fahrgäste irgendwann die Abteile verlassen.

Nichtsdestotrotz war Frankreichs Nein zu Europa, das von den Niederländern in rascher Folge bekräftigt wurde, die falsche Reaktion auf nationale Malaisen und europäisches Missmanagement. Mit der Ablehnung der mehr Demokratie und Transparenz garantierenden Constitution hat Frankreich die EU in eine Desorientierung gestürzt, die nur unverbesserliche Optimisten als Chance begreifen können.

In dieser verfahrenen Situation in Defaitismus zu verfallen, bringt ebenso wenig wie ungerührt zur Tagesordnung überzugehen. Frankreich aber wird den Preis für sein Abstimmungsverhalten zu zahlen haben. Ungestraft geht man bei einem europäischen Vo-

tum nicht den Nationalpopulisten auf den Leim, die am rechten Rand mit „la France seule“ auf Stimmenfang gingen, während im linken Lager „le socialisme dans un seul pays“ propagiert wurde. Seinen Ruf als Pionier Europas hat Frankreich erst einmal gründlich diskreditiert. Wie will sich dieses Land noch als Motor Europas in Szene setzen, wo es als erstes dessen zukunftsweisende Karosserie gegen die Wand gefahren hat?

Korb von Olympia

Da es in der Natur auch politischer Pannen zu liegen scheint, in Serie aufzutreten, ließen die nächsten Pleiten nicht auf sich warten. Und das für Europa und für Frankreich. Der europäischen Verfassungskrise folgte die Finanzkrise auf dem Fuß. Im Streit um das Budget der EU, bei dem britischer Rabatt, Agrarsubventionen sowie Strukturhilfen für die ärmeren Mitglieder nicht unter einen Hut zu kriegen waren, sahen sich die Staats- und Regierungschefs außer Stande, eine Finanzplanung für den Zeitraum 2007–2013 festzulegen.

Zwei unselige Entwicklungen zeigten dabei Wirkung: Da Berlin und Paris gegenwärtig von ihren innenpolitischen Problemen in Anspruch genommen sind, fällt das bewährte deutsch-französische Führungsduo als inspirierende Kraft der EU weitgehend aus. Sodann ist es mit der Kompromissbereitschaft, die Europa zur Erfolgsgeschichte machte, nicht mehr weit her. Beim desaströsen Brüsseler Gipfel vom 16./17. Juni ließ sich nicht die geringste Neigung zum gegenseitigen Brückenbauen feststellen. Es war Tony Blair, der bei seiner berechtigten Kritik an dem rückständigen Verteilungsschlüssel der EUGelder das britische, nicht minder überholte Privileg geringerer Beitragsleistung ohne Wenn und Aber verteidigte. Blairs Forderung nach einer Modernisierung der EU zielte vor allem auf die mit über 40 Prozent des Gesamtbudgets allzu bauchigen Agrartöpfe,

aus denen seit jeher die französischen Landwirte besonders großzügig alimentiert werden.

Darüber hinaus personifizieren der politische Veteran aus dem Élysée-Palast und der liberale Vorkämpfer aus der Downing Street auf den ersten Blick zwei konträre Europa-Modelle: einerseits die politisch-solidarische Schicksalsgemeinschaft, die Höheres im Sinn hat als einen funktionierenden Markt, andererseits eine dynamisch-wettbewerbsfähige Freihandelszone, in der die Bürger ohne Regulierungswut auf ihre Kosten kommen. Dieser Gegensatz ist natürlich vordergründig: Denn wenn das integrierte Europa mit dem freien Warenaustausch seine ersten Schritte machte, so ging seine Raison d'être doch von Anfang an über den wirtschaftlichen Profit hinaus.

Vor dem Hintergrund dieser britisch-französischen EU-Konfrontation empfand Paris seine Niederlage gegenüber London beim Wettbewerb um die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2012 als besonders bitter. Obwohl die Seine-Metropole als Favoritin für die übernächsten Spiele zunächst vorne lag, zog sie auf der Zielgeraden gegenüber der Insel-Kapitale knapp den Kürzeren. Mit 54 : 50 Stimmen gab am 6. Juli das Internationale Olympische Komitee (IOC) London den Zuschlag. Die britische Kandidatur war in einer Mischung aus Aggressivität und Arroganz vorgetragen worden, die dem angelsächsischen Understatement Hohn sprach. Eine Fair-Play-Medaille hat nicht verdient, wer das „Stade de France“ als Bolzplatz verspottet. Den Schaden hat dennoch Paris und der kommt einer Demütigung gleich. Nachdem bereits Frankreichs Bewerbungen für die Spiele 1992 und 2008 gescheitert waren, kommt London als erste Stadt zu der Ehre, nach 1908 und 1948 Olympia zum dritten Mal zu empfangen.

Dieser „Keulenschlag“, so der Politologe Pascal Boniface, ließ die typisch französischen Selbstzweifel ins Kraut schießen. „Le Mon-

de“ räsionierte über „die Schwächung der Position Frankreichs in der Welt“. „Le Figaro“ vermerkte, dass Frankreich über seine innenpolitische Lähmung hinaus auf internationalem Parkett nichts mehr zu melden habe: „Après le non au référendum du 29 mai, la décision du CIO fait figure de guillotine.“

Völlig aus der Luft gegriffen ist dieser Zusammenhang nicht. Wer soeben Nein zu Europa gesagt hat, darf sich nicht wundern, wenn er von Olympia einen Korb bekommt. Wer keine Gelegenheit auslässt, die moderne Globalisierung zu verunglimpfen, empfiehlt sich nicht gerade als Gastgeber für die Jugend der Welt. Der Rückzug auf sich selbst, den Frankreich am 29. Mai demonstrierte, fand sogar einen gewissen Widerschein in dem Pariser Bewerbungsvideo „plutôt franchouillarde, monocole et franchement ethnocentriste“, wie die Chefredakteurin der Zeitschrift „Africa International“ Marie-Roger Biloa kritisierte. Den Trumpf seiner frankophonen Karte mit arabischen, afrikanischen, europäischen, kanadischen und selbst asiatischen Farben spielte Paris jedenfalls nicht aus. Stattdessen bekam das IOC in der filmischen Präsentation Jean-Paul Belmondo im Gourmet-Restaurant zu sehen, derweil die Deneuve mit einem Rosenbouquet winkte. Nichts gegen diese erlauchten Stars des französischen Kinos, doch gehören sie einer Generation an, die ihre besten Tage hinter sich hat. Dieses Handicap teilen sie mit Jacques Chirac, der gegenüber dem IOC in Singapur umsonst beteuerte: „Vertrauen Sie Frankreich, vertrauen Sie uns. Sie können fest auf uns bauen.“

Der Verdacht, Paris wolle auf olympischem Feld wettmachen, was es an politischem Terrain verloren habe, wurde erhärtet durch das persönliche Engagement des Staatspräsidenten für seine Geburtsstadt, deren Geschicke er als Bürgermeister von 1977 bis 1995 lenkte. Da es bei der Bewerbung auch um das ging, was Frankreich über alles

geht, nämlich das nationale Prestige, war die Enttäuschung umso größer über „la gifle cinquante qui claque comme un coup de Trafalgar“ („Figaro“). Bleibt zu hoffen, dass 200 Jahre nach Napoleons Niederlage gegen Lord Nelson, die Britannien zur führenden Seemacht und den Korsen zum Gefangenen des Kontinents machte, die alte Rivalität der Kanal-Anrainer nicht allzu sehr auflebt. Mit spitzen bis beleidigenden Bemerkungen hat man sich in jüngster Zeit auf beiden Seiten nicht zurückgehalten. Gerade weil das deutsch-französische Duo derzeit im Abseits steht, wäre ein Revival des franko-britischen Duells das Letzte, was Europa gebrauchen könnte.

Lockerung des Kündigungsschutzes

Nachdem die olympischen Rettungsringe für den politisch-moralischen Aufschwung ausfallen, bleibt Frankreich nichts anderes übrig, als den jüngsten Schwächeanfall seines „déclinisme“ aus eigener Kraft zu bewältigen. Dabei steht und fällt alles mit der Arbeitsmarktstatistik, die mit derzeit 2,8 Millionen Beschäftigungslosen das schwerwiegendste Krisensymptom bildet. Solange die Arbeitslosigkeit von mehr als zehn Prozent nicht deutlich nach unten korrigiert wird, wird Frankreich seine nationale Depression nicht dauerhaft therapieren können.

Seit 30 Jahren doktern die im Schnitt alle zwei Jahre wechselnden Regierungen an diesem „grässlichen Krebsgeschwür“ herum, so Laurent Fabius als Premierminister 1984. Einer seiner Vorgänger glaubte bereits 1975 – Frankreich zählte eine Millionen Arbeitslose – „das Ende des Tunnels“ sehen zu können. Dieser Regierungschef hieß Jacques Chirac, und weil er bis heute nie ohne Spitzenjob war, ist sein Optimismus beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ungebrochen. So ließ Chirac in seinen diesjährigen Ausführungen zum 14. Juli wissen, Frankreich habe sich seit 20

Jahren in der Arbeitslosigkeit eingerichtet, ohne dass alle Möglichkeiten des Gegensteuerns genutzt worden seien. Dass er selbst in der zweiten Hälfte dieses Zeitraumes die höchste politische Verantwortung trug, war dem Präsidenten kein Grund zur Selbstkritik, vielmehr folgerte er, es müsse nun „etwas anderes“ getan werden, um diese „Wunde“ zu heilen.

Die Aufmerksamkeit richtet sich jetzt auf den „plan d'urgence en faveur de l'emploi“, mit dem *Dominique de Villepin* sein Gesellenstück als Premierminister ablegt. Um keine Zeit zu verlieren, lässt der Regierungschef seinen „Dringlichkeitsplan“ am Parlament vorbei über den Verordnungsweg bereits am 1. September in Kraft treten. Im Mittelpunkt dieser Beschäftigungsinitiative stehen kleine Unternehmen mit bis zu 20 Mitarbeitern. Diese sollen über eine Aufweichung des Kündigungsschutzes zu Neueinstellungen ermutigt werden. Prämien und Steuererleichterungen flankieren das Projekt des „contrat nouvelle embauche“, der vor allem auf die mit 18 Prozent extrem hohe Zahl von Arbeitslosen unter 26 Jahren zielt.

Mit der Lockerung des Kündigungsschutzes hat die Regierung den Hebel an der richtigen Stelle angesetzt, denn das ebenso rigide wie komplizierte Arbeitsrecht lud die Patrons der rund 2,5 Millionen Kleinunternehmen bislang nicht dazu ein, ihr Personal aufzustocken. Zwar sehen die Gewerkschaften im „Code du travail“ ihre Heilige Schrift, doch ist ihr Einfluss in den kleinen Privatunternehmen minimal. Wenn deshalb gegen diese Flexibilisierung mit keiner größeren Streikfront zu rechnen ist, dürfte sich ein anderer Graben auf dem Arbeitsmarkt noch vertiefen: gegenüber den Beamten, Angestellten und Arbeitern, die dank unbefristeter Verträge so gut wie unkündbar sind, wächst die Zahl der Arbeitnehmer, die mit Ausbildungs- oder Kurzzeitverträgen, Mini-Jobs und Teilzeitarbeit die drohende Beschäftigungslosigkeit ständig vor Augen haben. Die Gewerk-

schaften werden nicht müde, diese prekäre Arbeitssituation anzuprangern. Doch der vielfache Verzicht auf einen festen Job bis zur „retraite“ ist der Preis für einen dynamischen Arbeitsmarkt, der ohne Flexibilität in der Arbeitswahl sowie Mobilität bei der Standort-suche nicht erfolgreich zu organisieren ist. „Mieux vaut un petit boulot que pas de boulot du tout“, gibt im einschlägigen Jargon inzwischen auch der linksliberale „Nouvel Observateur“ allen Arbeitssuchenden mit auf den Weg.

Dominique de Villepins Lockerung des Kündigungsschutzes ist ein vernünftiger Vorstoß, doch die vom Premierminister selbstbewusst eröffnete „bataille pour l'emploi“ kann damit allein nicht gewonnen werden. Will Frankreich einen Sieg auf der ganzen Linie feiern, muss es an allen Stellungsfronten aus der Deckung gehen. Angesichts vergleichsweise großzügiger Arbeitslosenunterstützung (fast 60 Prozent des Bruttoeinkommens in den ersten zwei Jahren) haben es viele Arbeitnehmer nicht eilig mit der Rückkehr ins Berufsleben. Zudem zeichnet sich die staatliche Arbeitsvermittlung ANPE nicht durch besondere Effizienz aus. Der hohe Mindestlohn *Smic* von 7,6 Euro pro Stunde schreckt Arbeitgeber ebenso von der Einstellung unqualifizierter Arbeitskräfte ab wie der damit verbundene Papieraufwand. Doch sind es nicht nur die hohen Sozialkosten und eine horrende Bürokratisierung, die den Arbeitsmarkt lähmen. Die staatliche Bildung hat sich über Jahrzehnte hohe akademische Ziele gesteckt, wobei die eigentlichen Erfordernisse des Arbeitsmarktes sträflich vernachlässigt wurden. Die Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich, die rund 18 Prozent beträgt, ist ein Skandal.

Ohne einen grundlegenden Mentalitätswandel in allen Schichten der Gesellschaft ist der Arbeitslosigkeit nicht wirklich beizukommen. Gerade in diesem Punkt aber geht die Politik nicht mit gutem Beispiel voran. *Jacques Chirac* beteuert zwar hoch und heilig,

„il faut vraiment changer“, doch auf „le modèle français“ lässt er nichts kommen. Dass jeder vierte Jugendliche keine Beschäftigung findet und nur noch jeder Dritte über 55 Jahren in Arbeit ist, dass Gesundheits- und Rentensystem die Grenzen der Belastbarkeit weit überschritten haben, dass Mammut-Administrationen mehr als die Hälfte des Brutto-sozialprodukts verschlingen, dass die suburbane Gewalt wächst und die Integration à la française gefährliche Bruchstellen aufweist, all dies hindert den Staatspräsidenten nicht im Geringsten, fast ausschließlich die Vorzüge des französischen Sozialsystems zu rühmen. Dass er dies in letzter Zeit mit Vorliebe gegenüber dem Großbritannien Tony Blairs tut, wo die Arbeitslosigkeit auf unter fünf Prozent zurückgefahren wurde, macht Chiracs Sicht der Dinge besonders bizarr.

Barde und Wesir

Von einer „Explosion der Exklusion“ spricht dagegen „Le Nouvel Observateur“, und selbst Arbeitsminister Jean-Louis Borloo bekannte in Bezug auf die soziale Lage des Landes: „Vier Millionen Menschen sind out.“ Gleichzeitig räumte Finanzminister Thierry Breton ein, dass Frankreich „über seine Verhältnisse“ lebe. Verbale Ausrutscher oder erste öffentliche Eingeständnisse einer falschen Politik? Wurden solche Bemerkungen sowohl vom Élysée-Palast als auch vom Hôtel Matignon bislang mit Stillschweigen übergangen, so ist Premierminister Dominique de Villepin ein solider Pragmatismus zu bescheinigen. Der Dichter und Diplomat, der in den „Le-Monde“-Karikaturen von Plantu nicht von ungefähr als selbstbewusster Barde auftritt, versieht sein Amt ohne die erwarteten Allüren mit geschäftsmäßiger Effizienz. Umso mehr setzt jener Politiker auf die Kraft der Worte, den Plantu in die Rolle des mit allen Wassern gewaschenen Wesirs hat schlüpfen lassen. Nicolas Sarkozy tat am 20. Juni kund, man müsse die Pariser Vorstadtsiedlung 4000 in

La Courneuve „mit dem Kärcher-Hochdruckreiniger reinigen“, nachdem dort ein 11-jähriger Junge Opfer eines Schusswechsels zwischen rivalisierenden Banden geworden war. Zwei Tage später verlangte er, der Richter, der einen Serienmörder aus dem Strafvollzug entlassen hat, der daraufhin eine junge Mutter umgebracht haben soll, müsse „für seine Fehler bezahlen“.

Auch wenn die Zustände in einigen Banlieues eine kaum noch zu kontrollierende Gewaltbereitschaft erreicht haben, geht das Wort vom „Kärcher“ weit unter die Grenzsprachlichen Anstands, und indem der Innenminister einem Richter öffentlich droht, setzt er sich über die Gewaltenteilung hinweg. Nicolas Sarkozy ist bislang nicht als Populist aufgefallen, doch mit Blick auf die kommende Präsidentschaftswahl beginnt er, dem Volk gefährlich nach dem Maul zu reden. Dies erscheint umso vielversprechender, als von dem notorischen Verbalrabauken Jean-Marie Le Pen in letzter Zeit kaum noch etwas zu hören war. Das Potenzial des Front National von rund zehn Prozent Wählerstimmen wird kein Politiker beim Kampf um die Macht völlig links liegen lassen wollen. Dass es Nikolas Sarkozy mehr als alle anderen in den Élysée drängt, hat er seit geraumer Zeit öffentlich gemacht. Jacques Chirac wird ihm dabei nicht mehr in die Quere kommen können. Eine dritte Amtszeit des Präsidenten scheint nach dessen magerer Erfolgsbilanz so gut wie ausgeschlossen. Sarkozy könnte jedoch seinen Meister im Premierminister finden, der protokollarisch bereits an dem politischen Dauerläufer vorbeigesprintet ist. Doch 2007 werden weder die dicken Bücher des Homme de lettres Dominique de Villepin noch die starken Worte des Alphapolitikers Nicolas Sarkozy den Ausschlag geben. Rhetorisches Geklingel hat sich Frankreich von Jacques Chirac genug anhören dürfen. Umso mehr werden seine möglichen Nachfolger an ihren Erfolgen gemessen. In dieser Hinsicht ist das Rennen noch völlig offen.